

NACHRICHTEN

9-Jähriger bei Unfall verletzt

ALTBÜRON red. Ein 9-jähriger Knabe wurde am Dienstag bei einem Unfall mit einem Auto verletzt. Der Bub überquerte kurz nach 13 Uhr den Fussgängerstreifen beim Kreisell Linde in Altbüron. Aus noch ungeklärten Gründen kam es zu einer Kollision mit einem dunklen Personwagen, wie die Luzerner Polizei gestern mitteilte. Der unbekannte Autofahrer hielt an und sprach mit dem Knaben. Anschliessend fuhr er weiter, ohne seine Angaben zu hinterlassen. Die Polizei sucht den Lenker oder Personen, welche Angaben zum Fahrzeug oder zum Unfall machen können.

Grüne nominieren Nino Froelicher

KANTONSRAT red. Die grüne Kantonsratsfraktion hat **Nino Froelicher** (54, Kriens) als Vizepräsidenten des Luzerner Kantonsrats nominiert. Die Wahl findet in der Kantonsratssession vom Dezember statt. Froelicher ist seit 2006 Kantonsratsmitglied und seit 2008 Fraktionschef der Grünen. Dieses Amt wird er nach sieben Jahren per Ende Jahr abgeben, wie die Partei mitteilt. Zu Froelichers Nachfolgerin wurde an der Fraktionssitzung **Monique Frey** (48, Emmen) gewählt.

Steuern sollen gleich bleiben

BÜRON red. Das Budget der Gemeinde Büron sieht für das Jahr 2015 ein Minus von 91 200 Franken vor. Dies bei einem Gesamtaufwand von rund 11,5 Millionen Franken, wie der Gemeinderat in einer Mitteilung schreibt. Im Vergleich zu 2014 sei die Rechnung um 228 000 Franken verbessert. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember, den Steuerfuss bei 2,4 Einheiten zu belassen.

Weniger Geld aus Finanzausgleich

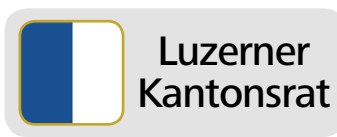
RÖMERSWIL red. Der Gemeinderat Römerswil schlägt den Stimmbürgern für das Budget 2015 eine Steuererhöhung um 0,2 Einheiten auf 2,2 Einheiten vor. Dies teilt der Gemeinderat mit. Grund dafür sei unter anderem, dass Römerswil rund 305 000 Franken weniger vom kantonalen Finanzausgleich erhalten wird.

Die Talstrasse ist Geschichte

SEETAL Der Kantonsrat hat das umstrittene Talstrasse-Projekt gestoppt. Nun soll die Umfahrung der Seetaler Gemeinden neu geplant werden.

CYRIL AREGGER
cyril.aregger@luzernerzeitung.ch

266 Millionen Franken will die Luzerner Regierung bis 2018 in den kantonalen Strassenbau investieren. Die Summe verteilt sich auf 74 Projekte, die im so genannten Topf A Platz gefunden haben. Auf über 1 Milliarde Franken summieren sich zudem die Projekte, die erst später realisiert werden sollen und deswegen in den Töpfen B (Vorhaben, die zwischen 2015 und 2018 geplant werden können) und C (Projekte, die erst nach 2018 angegangen wurden) platziert wurden.



Nachdem am Montag im ersten Teil der Debatte zum kantonalen Strassenbauprogramm 2015–2018 die Umfahrung West von Beromünster im Topf A bestätigt wurde (Ausgabe vom Dienstag), standen gestern zwei Grossprojekte im Fokus: Die so genannte Talstrasse, die die Seetaler Gemeinden Hochdorf, Ballwil und Eschenbach entlasten soll, und die Südumfahrung Wolhusen. Beide Grossprojekte, für die jeweils rund 100 Millionen Franken eingeplant sind, wurden vom Regierungsrat in den Topf C gesetzt.

«Den Horizont öffnen»

Die Talstrasse stand schon im Vorfeld im Gegenwind. Die vorbereitende Kommission Verkehr und Bau (VBK) hatte einstimmig vorgeschlagen, das Projekt zu streichen (Ausgabe vom 22. Oktober). Man habe sich den Entscheid gut überlegt, erklärte VBK-Präsident Markus Odermatt (CVP, Ballwil) gestern. «Wenn ein Grossprojekt zum Fliegen kommen soll, braucht es eine gemeinsame Kommunikation der Betroffenen. Die VBK-Mitglieder haben aus der Region aber unterschiedlichste Signale erhalten.» Die Opposition, angeführt von der IG Querfeldein, sei sehr stark. Und auch die VBK glaube nicht, «dass im 21. Jahrhundert noch eine Strasse durch die grüne Wiese gebaut werden kann», so Odermatt weiter. Man sei sich in der VBK aber



Der Verkehr im Seetal wird nicht durch eine Umfahrungsstrasse entlastet. Im Bild: Abendverkehr in Hochdorf.

Bild Dominik Wunderli

auch einig, dass im Seetal in Sachen Verkehr etwas geschehen müsse. «Aber mit der Talstrasse gibt es nie eine Lösung. Deshalb schlagen wir vor, den Horizont zu öffnen und die 2 Millionen Franken, die bis 2018 in die Planung der Talstrasse fliessen sollten, für die Planung neuer Alternativen entlang der bestehenden Achse Hochdorf-Ballwil-Eschenbach einzusetzen.» Auch Inwil soll ins Projekt einbezogen werden.

CVP gegen die Streichung

Gegen die VBK-Anträge stemmte sich die Mehrheit der CVP. Es sei zum jetzigen Zeitpunkt falsch, die Talstrasse zu kippen, befand Josef Dissler (Wolhusen). Und Franz Bucher sekundierte: «Es liegt noch kein Vorprojekt vor. Wie kommt die VBK schon jetzt zum Schluss, das Projekt sei nicht mehrheitsfähig?» Es gebe nach dem Vorliegen des Vorprojekts noch viele Möglichkeiten, die Talstrasse zu stoppen. Auch Hitzkirchs Gemeindepräsident Serge Karrer staunte über die Einschätzung der Kommission:

«Mit der Talstrasse gibt es nie eine Lösung im Seetal.»

MARKUS ODERMATT (CVP), KOMMISSIONSPRÄSIDENT

«Die Talstrasse ist Teil des behördenverbindlichen regionalen Richtplans.» Bei diesem habe die Bevölkerung mehrfach streichen können. «Wir diskutieren mit der Bevölkerung gerne über die Sorgen und Ängste bezüglich der Talstrasse. Aber als Basis dafür braucht es ein sauber ausgearbeitetes Projekt.» Auch Baudirektor Robert Küng war gegen einen Abbruch des Projekts Talstrasse: «Ende 2015 sollte das Vorprojekt vorliegen. Der Regierungsrat möchte die Varianten auf dem Tisch sehen, damit darüber diskutiert werden kann.»

Der Rat folgte jedoch mit 56 zu 41 Stimmen der VBK. Einstimmig angenommen wurde der Antrag, die 2 Millionen Franken, die bis 2018 für die Planung der Talstrasse vorgesehen waren, für eine Planung entlang der bestehenden Achse bis Inwil zu nutzen.

Umfahrung Wolhusen bleibt

Zu diskutieren gab es auch bei der Südumfahrung Wolhusen: Samuel Oder-

matt (GLP, Sursee), Marcel Budmiger (SP, Luzern) und Michael Töngi (Grüne, Kriens) wollten die Umfahrung gänzlich streichen. Das Projekt sei «alt, aber nicht reif», meinte Odermatt. Das Preis-Leistungs-Verhältnis sei schlecht, eine Realisierung unrealistisch. VBK-Präsident Markus Odermatt (CVP, Ballwil) betonte jedoch, dass das Projekt in der Region West breit abgestützt und von grosser Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sei. Der Rat folgte der VBK und der Regierung und lehnte den Streichungsantrag mit 70 zu 27 Stimmen ab.

Mit 56 zu 37 ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag von Josef Dissler (CVP, Wolhusen), der die Projektierung mit einer Erhöhung der Mittel um 2 Millionen auf 4,3 Millionen Franken beschleunigen wollte.

Chancenlos blieben auch alle weiteren Anträge, insbesondere von links-grüner Seite, beispielsweise zur Streichung der Spange Nord in Luzern oder zur Priorisierung von Radweg-Projekten.

Am Ende wurde das Bauprogramm 2015–2018 für die Kantonsstrassen vom Kantonsrat mit 85 zu 9 Stimmen genehmigt.

Regierung bestreitet Maulkorb-Vorwurf

UNI-GESETZ Vereinbarung oder doch Maulkorb? Über die Kommunikation rund um die geplante Wirtschaftsfakultät wurde gestern im Kantonsrat ein letztes Mal diskutiert.

Während in den Luzerner Haushalten bereits die Abstimmungsunterlagen ins Haus flattern, wirft die vorgesehene Revision des Uni-Gesetzes im Parlament noch ein letztes Mal hohe Wellen. Grund dafür ist das auffällige Schweigen der Hochschule Luzern (HSLU) zur geplanten Wirtschaftsfakultät an der Uni. In einer Dringlichen Anfrage wollte Priska Lorenz (SP, Grosswangen) von der Regierung unter anderem wissen, ob die HSLU mit einem De-facto-Maulkorb belegt wurde. Die Regierung beharrt in ihrer Antwort darauf, dass ein «invernehmlicher Entscheid» die Nicht-Kommunikation der HSLU erkläre.

«Ausbau zur Mittelmässigkeit»

Lorenz konnte der Erklärung der Regierung nur wenig abgewinnen. Dass sich neben Vertretern des Pro-Komitees Bildungsdirektor Reto Wyss und Uni-Rektor Paul Richli wiederholt bei Podiumsgesprächen und Medienkonferenzen äusserten, während die Hochschule und ihr Rektor Markus Hodel schwiegen, könne nur als Medienkampagne betrachtet werden.

Die SP und Priska Lorenz hinterfragten unter anderem auch die Behauptung der Regierung, dass sich die Angebote der Uni und der HSLU nicht konkurrierten, wo eine neue Fakultät und deren Fachliteratur untergebracht werden soll und wie es um das Betreuungsverhältnis an der geplanten Wirtschaftsfakultät stehen würde. Letzteres würde laut den Berechnungen von Lorenz bei 1:88 liegen. Der von der Rektorenkonferenz definierte Sollwert liegt bei 1:40. «Es scheint, als wolle man ausbauen, um Mittelmass zu werden», sagte Lorenz.

Konkurrenz soll es keine geben

Auf die Stellungnahme von Lorenz zur regierungsrätlichen Antwort meldeten

sich gleich mehrere bürgerliche Parlamentarier zu Wort. Wenig überraschend waren diese überwiegend dem Pro-Komitee des neuen Uni-Gesetzes zuzuordnen. So wiederholten sich Adrian Bühler (CVP, Eschenbach), Andreas Moser (FDP, Luzern) und Charly Freitag (FDP, Beromünster) denn auch in ihren Voten. Insbesondere den Vorwurf, dass die geplante Wirtschaftsfakultät die Fachhochschule konkurrenzieren würde, wollten sie nicht gelten lassen.



«Hören Sie auf, einen Keil zwischen die beiden Schulen treiben zu wollen.»

CHARLY FREITAG, FDP, BEROMÜNSTER

«Hören Sie endlich auf, einen Keil zwischen die beiden Hochschulen treiben zu wollen», forderte etwa Charly Freitag. Auch Andrea Gmür-Schönenberger (CVP, Luzern) meldete sich. Sie plädierte dafür, «Sorge zum Hochschulstandort Luzern zu tragen», statt die beiden Schulen gegeneinander auszuspielen. Gmürs Votum reflektiert ihre Mitgliedschaft im Universitätsrat. Sie verwies zudem auf die Beispiele aus Zürich und St. Gallen, wo schon heute Wirtschaftsfakultäten parallel zu Unis und Fachhochschulen bestünden. Bildungsdirektor Reto Wyss bestritt seinerseits entschlossen

das Verpassen eines Maulkorbs: «Die übrigen Trägerkantone der Hochschulen würden ein solches Vorgehen nicht akzeptieren», argumentierte Wyss.

In ihrer Anfrage kritisiert Lorenz den in der Wirtschaftsfakultät vorgesehenen Studiengang Gesundheitsökonomie scharf: Dieser würde statt Mediziner und Pfleger «weitere Schreibtischtäter» ausbilden. Diese Beschreibung der «Schreibtischtäter» verbot sich der Bildungsdirektor. Der Bedarf an solchen Abgängern sei vorhanden, betont Wyss.

Wie die vorhergehenden Redner aus den Reihen des Pro-Komitees, erinnerte auch Wyss nochmals daran, dass die Wirtschaftsfakultät in erster Linie jene rund 750 Studenten abfangen soll, die heute ausserkantonale studieren. In der Frage des Betreuungsverhältnisses machte der Bildungsdirektor jedoch ein minimales Eingeständnis: Die finanzielle Situation des Kantons lasse kein besseres Verhältnis zu. Im gleichen Atemzug hinterfragte Wyss jedoch die Aussagekraft dieses Kriteriums.

Der Vorwurf, dass die Schaffung einer Wirtschaftsfakultät zwangsläufig zum Konkurrenzkampf zwischen Uni und Hochschule führt, rief beim Bildungsdirektor einige Konsternation hervor: «Sie wollen einfach nicht wahrhaben, dass es sich hier um zwei verschiedenen Ausbildungen handelt.»

ISMAIL OSMAN
ismail.osman@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

MARKTPLATZ

KEIN STEUERGELD FÜR DEN MILLIARDÄR
NEIN ZUR GÜTSCHBAHN

CVP **FDP Die Liberalen**

Malerarbeiten
Innen und aussen, fachmännisch und preiswert!
Beat Wiprächtiger, Horw
Tel. 041 340 03 83 oder 079 208 85 40